

Freitag den 30. April 1909.

Deutscher Reichstag.

250. Sitzung, Mittwoch, den 28. April, 2 Uhr.

Am Tage des Bundesrats: Dr. Weberberg.

Die Sicherung der Bauverordnungen.

(Zweite Sitzung.)

Abg. Dr. Mayer-Kaulbein (Zr.): Wohl selten hat ein Gesetzentwurf in der Kommission eine so gründliche Umarbeitung erfahren wie der vorliegende. Er hat in der neuen Fassung die Vollendung aller Parteien in der Breite gefunden, wenn auch die Wünsche der Bauverordnungs-Verfechter nicht alle befriedigt sind...

Abg. Pauli-Botsch (kon.): Kommen auch nicht alle Wünsche befriedigt, so sind die Handwerker doch durchweg mit der Kommissionsfassung zufrieden. Das Gesetz wird dem Bundesrat zum Segen gehen.

Abg. Lind (nl.): Die Arbeit in der Kommission war außerordentlich schwierig. Da wir aber mit einem ganzen Heeren von Handwerker-Vertretern in die Sache herangingen, ist schließlich einwandfrei ein Bundesgesetz entstanden. Wir haben uns bemüht, die Interessen aller Bauverordnungs-Verfechter zu berücksichtigen...

Abg. Dowe (frei Sp.): Alle Parteien haben in der Kommission ihr Recht geltend gemacht. Das Gesetz ist ein gutes, das die Interessen aller Bauverordnungs-Verfechter berücksichtigt. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Abg. Böhmung (Zr.): Das Gesetz ist ein gutes, das die Interessen aller Bauverordnungs-Verfechter berücksichtigt. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Kommission hat sich bemüht, die Interessen aller Parteien zu berücksichtigen.

Abg. Dr. Mangon (frei Sp.): Wir legen nicht alle unsere Hoffnungen auf die Wirksamkeit des Gesetzes. Der erste Teil ist gut, der zweite Teil könnte aber bei der Bearbeitung der Bauverordnungen noch mehr berücksichtigt werden. Die Kommission hat sich bemüht, die Interessen aller Parteien zu berücksichtigen.

Abg. Weiland (nl. Sp.): Es war die höchste Zeit, gemeinsamen Bauverordnungs-Verordnungen zu erlassen. Das Gesetz ist ein gutes, das die Interessen aller Bauverordnungs-Verfechter berücksichtigt. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Das Verbot der zollrechtlichen Verwendung von Werke. Der Entwurf, der zur ersten Lesung liegt, verbietet die Verwendung von Werke aus Werke, die zu dem niedrigeren Zolltarif eingekauft sind, zu Brauzwecken.

Abg. Speck (Zr.) berührt die Vorlage, die den Güterhandel aufzubrechen beabsichtigt. Er ist der Ansicht, dass die Vorlage die Interessen aller Parteien berücksichtigt. Die Kommission hat sich bemüht, die Interessen aller Parteien zu berücksichtigen.

Schlichter Dr. Eshov betont die Schwierigkeiten einer richtigen Regelung, die in der richtigen Grenze zwischen Halbesitz und anderer Werke liegen. Die Kommission hat sich bemüht, die Interessen aller Parteien zu berücksichtigen.

Abg. Graf Kank (kon.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zur Vorlage und wünscht der Regierung vor, beim nächsten Bundesratstag die Interessen der heimischen Getreidebauern Handwerker nicht genügend gewahrt zu haben.

Abg. Heuner (nl.): Der Entwurf ist eine gute Sache, wir werden ihm zustimmen, wenn tatsächlich und jetzt die Möglichkeit zu niedrigerem Zolltarif besteht. Der Entwurf ist ein gutes, das die Interessen aller Bauverordnungs-Verfechter berücksichtigt. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Preussischer Landtag.

Oberhausen.

7. Sitzung, Mittwoch, den 28. April, 1 Uhr. Am Ministertisch: Schwarzfopf.

Präsident Herr von Winterfeldt eröffnet die Sitzung. Der Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreis sind genehmigt.

Vorberufungsbescheid. Es folgt die Beratung des Vorberufungsbescheides, das in der Kommission erledigt abgehandelt worden ist. Die Kommission hat das vom Abgeordnetenhaus beschlossene Prinzip der Verteilung der Staatszuschüsse an die Schulverbände nach dem Verhältnis der Bevölkerung und der Bevölkerungsdichte, nach der die Schulverbände sich für die größeren Gemeinden bis zu 25 Schülern befinden bleiben sollen, wiederholt.

Erst von Gerner-Osten und von Stern beantragen im wesentlichen, die Fassung des Abgeordnetenhaus wiederherzustellen. Der Herr von Winterfeldt erklärt, dass die Schulverbände mit mehr als 25 Schülern nur 80000 Mk. statt 210000 Mk. nach dem Verhältnis der Schulverbände alljährlich zur Verfügung von Ergänzungsschülern berechnen.

Professor Dr. Heineke-Mil beantragt als Ersatz für die geistlichen Schulverbände an erste und zweitbeste Lehrer die Bestimmung in den § 124 anzunehmen, das jede Altersklasse von den Gemeinden gewählt werden können.

Prof. Dr. Schilling-Galle beantragt, die Altersklassen nach der Fassung des Abgeordnetenhaus und auch die Altersklassen in der Höhe der Abgeordnetenhaus zu ändern. Der Herr von Winterfeldt erklärt, dass die Kommission die Fassung des Abgeordnetenhaus an den Staatszuschüssen an die geistlichen Schulverbände, einseitig weil die Städte durch das neue Gesetz eine erhebliche Mehrarbeit erleiden, andererseits die Interessen der Finanzämter berücksichtigen.

Herr Graf von Bismarck beantragt, die Kommission hat zu prüfen den Interessen der Lehrer und den Interessen der großen Gemeinden vermitteln wollen. Es kann aber nicht gehen, das für das gut gelungen ist. Der Herr von Winterfeldt erklärt, dass die Kommission die Fassung des Abgeordnetenhaus an den Staatszuschüssen an die geistlichen Schulverbände, einseitig weil die Städte durch das neue Gesetz eine erhebliche Mehrarbeit erleiden, andererseits die Interessen der Finanzämter berücksichtigen.

Überbringer Herr von Winterfeldt: Die Kommission hat die Notwendigkeit der Erhöhung der Lehrergehälter in keiner Weise verkannt. Aber sie war der Meinung, das das nur gefordert wurde unter Umwandlung der zur Deckung von der Regierung bereitgestellten Summe von 35 Millionen Mark. Das Abgeordnetenhaus hat das Grundgesetz von 1400 Mk. angenommen in der Fassung, das die Vignetten unter den Lehrern kann für nicht mehr als 100000 Mk. zu erhöhen. Die Kommission hat sich bemüht, die Interessen aller Parteien zu berücksichtigen.

Das Herrenhaus hält es mit der Selbstverwaltung der Gemeinden nicht vereinbar, wenn durch Herabsetzung staatlicher Zuschüsse zu räumlicher Kraft in das Gebiet der Gemeinden in der Weise eingegriffen wird, das diesen nachteilig auswirken würde, die nicht auch bei Festlegung des Gemeinderats, jedoch dem Grunde nach, als auch rechtmäßig genau feststehen.

Erst von Gerner-Osten: Die Kommissionsbeschlüsse mögen im Interesse der großen Städte liegen, im Interesse der kleinen Städte liegen sie nicht. Der Unterschied zwischen Stadt- und Landgemeinden ist nicht beseitigt worden. Deshalb halten wir die Beschlüsse des Abgeordnetenhaus für besser.

Ministerialdirektor Dr. Schwarzfopf: Auch ich kann Sie nur bitten, die Erziehung der Altersklassen anzunehmen. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, das die Gemeinden keinen rechtlichen Anspruch auf die Staatszuschüsse haben. Das ist bei den Oberbürgermeistern. Nach der Besetzung hat die Regierung nur da eingegriffen, wo es den Gemeinden an dem nötigen Mitteln fehlt. Wo wirtschaftliche Not eintreten sollte, wird die Regierung mit besonderen Fonds eingreifen. Die Regierung tritt das Herrenhaus die Beschlüsse des Abgeordnetenhaus an, abgesehen, die den Wünschen der Lehrerhaft noch weiter entgegenkommen und auf die das Abgeordnetenhaus einflussreich geneigt hat.

Oberbürgermeister Lentz-Wagdring: Ich bin der Ansicht, dass die Interessen der Lehrer nicht die Interessen der Schulverbände sein dürfen. Wegen der Verteilung der Mittel für die Lehrer und die Schulverbände müssen wir Stellung nehmen. Wenn die Verteilung der Mittel für die Lehrer und die Schulverbände nicht gleichmäßig geteilt werden dürfen, das Abgeordnetenhaus hat es sich bei der Einbringung der Vorlage gemacht. Als Mittel fehlen, das es in die Hände der Schulverbände gegeben, das die Kommunen mit der Veränderung der Einkommensteuer, die damit verbundene Aufhebung des Einkommensteuerverzugs für die Lehrer, in jeder anderen Zeit das man den Schulverbänden, weil das Abgeordnetenhaus in Vertretung war, nicht nachzuersehen Rechte nehmen.

Ministerialdirektor Herr von Winterfeldt: Das begünstigt die Interessen der Lehrer, die die Verteilung der Mittel für die Lehrer und die Schulverbände haben. Das ist die Verteilung der Mittel für die Lehrer und die Schulverbände. Das ist die Verteilung der Mittel für die Lehrer und die Schulverbände. Das ist die Verteilung der Mittel für die Lehrer und die Schulverbände.

Oberbürgermeister Herr von Winterfeldt: Ich glaube, wir können die Verteilung der Mittel für die Lehrer und die Schulverbände nicht ändern. Die Verteilung der Mittel für die Lehrer und die Schulverbände ist die Verteilung der Mittel für die Lehrer und die Schulverbände. Die Verteilung der Mittel für die Lehrer und die Schulverbände ist die Verteilung der Mittel für die Lehrer und die Schulverbände.

Herr von Winterfeldt: Ich habe volles Verständnis für die Situation der Städte. Je nachdem die Situation der Städte ist, je nachdem die Situation der Städte ist, je nachdem die Situation der Städte ist. Die Situation der Städte ist die Situation der Städte. Die Situation der Städte ist die Situation der Städte.

Herr von Winterfeldt: Ich habe volles Verständnis für die Situation der Städte. Je nachdem die Situation der Städte ist, je nachdem die Situation der Städte ist, je nachdem die Situation der Städte ist. Die Situation der Städte ist die Situation der Städte. Die Situation der Städte ist die Situation der Städte.

Herr von Winterfeldt: Ich habe volles Verständnis für die Situation der Städte. Je nachdem die Situation der Städte ist, je nachdem die Situation der Städte ist, je nachdem die Situation der Städte ist. Die Situation der Städte ist die Situation der Städte. Die Situation der Städte ist die Situation der Städte.

Herr von Winterfeldt: Ich habe volles Verständnis für die Situation der Städte. Je nachdem die Situation der Städte ist, je nachdem die Situation der Städte ist, je nachdem die Situation der Städte ist. Die Situation der Städte ist die Situation der Städte. Die Situation der Städte ist die Situation der Städte.

Herr von Winterfeldt: Ich habe volles Verständnis für die Situation der Städte. Je nachdem die Situation der Städte ist, je nachdem die Situation der Städte ist, je nachdem die Situation der Städte ist. Die Situation der Städte ist die Situation der Städte. Die Situation der Städte ist die Situation der Städte.

Herr von Winterfeldt: Ich habe volles Verständnis für die Situation der Städte. Je nachdem die Situation der Städte ist, je nachdem die Situation der Städte ist, je nachdem die Situation der Städte ist. Die Situation der Städte ist die Situation der Städte. Die Situation der Städte ist die Situation der Städte.

Herr von Winterfeldt: Ich habe volles Verständnis für die Situation der Städte. Je nachdem die Situation der Städte ist, je nachdem die Situation der Städte ist, je nachdem die Situation der Städte ist. Die Situation der Städte ist die Situation der Städte. Die Situation der Städte ist die Situation der Städte.

Herr von Winterfeldt: Ich habe volles Verständnis für die Situation der Städte. Je nachdem die Situation der Städte ist, je nachdem die Situation der Städte ist, je nachdem die Situation der Städte ist. Die Situation der Städte ist die Situation der Städte. Die Situation der Städte ist die Situation der Städte.

Advertisement for 'Kleiderstoff-Reste-Verkauf' (Clothing fabric remnants sale) by A. Huth & Co. The ad features large stylized text and describes a sale of 'Woll- u. Washstoff-Reste' (wool and wash fabric remnants) for 'Röcke und Blusen sowie Roben knappen Massen' (skirts and blouses as well as scarce quantities of coats). It includes the address 'Halle a. S., Grosse Steinstrasse 86/87, Marktplatz 21' and the date 'Freitag den 30. April, Sonnabend den 1. Mai'. At the bottom, it mentions 'Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt' and 'DFG'.





